

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“



Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Alle teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturufen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altensteig, Gerichtskanzl. Nagold. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pf., die Restameisele 45 Pf. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Die Nichterhalten der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pf., die Restameisele 45 Pf. Lieferung der Zeitung / Postk.-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Teleg. 11.

Nummer 34

Altensteig, Freitag, den 10. Februar 1933

56. Jahrgang

Rundschau

Knapp zehn Tage sind es her seit dem 30. Januar, der in Deutschland die neue Front und die innerpolitische Wandlung aufzeigte. Der Abstand der Zeit hat nun Raum zu einer ruhigeren und nüchternen Betrachtung der Lage geschaffen, wenn auch die innerpolitischen Ereignisse in Preußen die Atmosphäre der Beunruhigung noch nicht zerstreut haben. Dazu kommt, daß der auflebende Wahlkampf und die Zusammenstöße im Innern, wie auch das Zurückhalten der neuen Reichsregierung gegenüber den politischen Tagesfragen, die erwartete Klärung und Beruhigung noch nicht gebracht haben. Eines sei vorweg genommen: Im Ausland sind die Trommeln gegen Deutschland nicht gerührt worden, wie manche dies befürchtet hatten, als Adolf Hitler Reichkanzler wurde. Es ist auch nichts geschehen, was das Mißtrauen, mit dem das Ausland Deutschland beobachtet, hätte auflockern können. Unsere Innenpolitik stand in dieser Woche wieder unter der Frage Reich — Preußen. Die unhaltbaren Zustände im Lande Preußen mit seiner Doppelregierung sind durch neue Eingriffe des Reichspräsidenten auf dem Verordnungswege zum Teil beseitigt. Die Regierung Braun wurde ihres Amtes enthoben, die Rechtsbefugnisse auf die Reichskommissare übertragen, die Doppelherrenschaft ausgeschaltet, der preussische Landtag aufgelöst, gegen seinen Willen und die Wahlen zum Landtag auf 5. März, die Gemeindevahlen auf 12. März angelegt. Durch diese Neuwahlen in Preußen wird mit Sicherheit erhofft, daß eine Mehrheit im preussischen Landtag zur Regierungsbildung erzielt wird, denn in Preußen sind die Aussichten für die Hatzburger Front noch günstiger als im Reichstag. Es fehlen ihr nur 7 Sitze zur Mehrheit, während es im Reichstag 45 sein müssen. Die alte preussische Regierung Braun hat nun Klage beim Staatsgerichtshof in Leipzig eingereicht, einmal gegen ihre Absetzung und sodann gegen die Landtagauflösung. Doch werden vorher die Wahlen abrollen, ehe die oberste Stelle der deutschen Justiz ihr Urteil abgibt. Es ist dringend zu wünschen, daß dieser Spruch nicht wieder halb und halb ausfällt, wie beim Eingreifen nach dem 20. Juli, als Hindenburg die Kommissariatsregierung in Preußen einsetzte. Diese ganzen Fragen sind so recht Arbeit für die Staatsrechtler, für juristische Buchstabenmenschen, abseits der hohen Politik. Wollte man im Reich den Erfolg des neuen Systems nicht gefährden, so blieb nichts anderes übrig, als in Preußen reinen Tisch zu machen.

In Preußen ist die Wahlparole klar, sie lautet: rechts oder links, ja oder nein. Auch für das ganze Deutschland kann man den Ruf dieser Wahl auf das kurze Entweder-Oder bringen: Entweder rechts oder links, entweder Republik des 9. November 1918, oder neues Reich vom 30. Januar 1933. So ist es zu verstehen, daß der schwungvolle Aufruf der Reichsregierung, mit dem Adolf Hitler den Wahlkampf eröffnete, eigentlich nur eine Parole hatte: Gegen die schwarz-rote Mehrheit. Zwar ist es überflüssig, solche Formulierungen in Schlagworte obiger Art zusammenzufassen, aber die parlamentarischen Verhältnisse in den letzten Jahren haben die Arbeitsunfähigkeit infolge der ungelösten Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten so deutlich erwiesen, daß man an den großen Leistungen des beginnenden Wahlkampfes nicht vorübergehen kann. Ueber die Arbeit der neuen Regierung und ihr Programm kann erst später gesprochen werden, denn erst nach den Wahlen wird darüber Sicheres zu hören sein. Was bisher geschah, sind nur Ansätze zu einer Neuordnung, sind Personaländerungen, die durch die politische Konstellation sich ergeben.

In den Wahlkampf für die Reichstagswahlen am 5. März werden höchstens 14 Parteien eingreifen. Wesentlich ist, daß die ganz kleinen Parteien verschwunden sind, auch die Splitterparteien wie die SAP, die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die nationalsozialistischen Splittergruppen von der letzten Wahl, die nationalen Minderheiten, die rührigen Leute des Betriebsanwalts Gustav Winter, die Gerechtigkeitsbewegung und andere solche geradezu unglaublichen Gruppierungen. Der Wahlkampf wird sich selbst in verschiedenen Marschkolonnen abspielen. Selbst auf der Rechten scheinen es drei Gruppen zu sein: Nationalsozialisten, Deutschnationalen und vielleicht „Christlich-nationaler Wahlblock“. Jedenfalls versucht Vizekanzler von Papen seit einigen Tagen, alle Parteien, die sich in die bürgerlich nationale Front einschließen lassen, zu einer Art von gemeinsamen Vorgehen zu bewegen, so die Deutsche Volkspartei, die Christlich-Sozialen, den Bauernbund, Landbund und den Stahlhelm. Eine Beteiligung der Deutschnationalen, die versucht wurde, soll am Widerstand Hugenberg's gescheitert sein, der für die Deutschnationalen selbständig den Wahlkampf zu führen gedenkt. Die mächtigste Position ha-

Zollerhöhungen für Vieh, Fleisch und Schmalz

Berlin, 9. Febr. Auf Vorschlag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hugenberg hat die Reichsregierung zunächst zugunsten der besonders schwer darniederliegenden deutschen Viehwirtschaft eine Reihe wichtiger Zoll erhöhungen beschlossen. Die neuen Zollsätze gelangten im Reichsanzeiger zur Veröffentlichung.

Es handelt sich um eine Verstärkung des Zollschutzes für lebendes Vieh, Fleisch und Schmalz. Auf diesen Gebieten soll jede überflüssige Einfuhr vermieden werden.

Im einzelnen werden erhöht der Zoll für lebendes Rindvieh auf 50 RM. je Doppelzentner, für Schafe auf 4 RM. und entsprechend für lebende Schweine auf 50 RM. je Doppelzentner. Die Fleischzölle werden erhöht auf 100 RM. je Doppelzentner für frisches Fleisch, 150 RM. je Doppelzentner für Fleisch einfach zubereitet und auf 200 RM. je Doppelzentner, zum feineren Tafelgenuss zubereitet.

Ein Einjührbedarf liegt bei diesen Erzeugnissen nicht vor. Die deutschen Viehbestände sind größer als vor dem Kriege und reichen für die einheimische Versorgung völlig aus. Ein Eingreifen war auf diesen Gebieten dringend, da die Preise im Verhältnis zur Vorkriegszeit hier besonders niedrig liegen. So beträgt beispielsweise der Index für die gegenwärtigen Preise bei Rindern nur 53, bei Schweinen 67, bei Schafen 64, bei Vieh insgesamt 62 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit.

Die Erhöhung des Schmalzollers auf 50 RM. hat die Aufgabe, eine stärkere Deckung unseres Fettbedarfes aus einheimischer Erzeugung herbeizuführen. Diese Maßnahme ist für unsere Schweinezucht von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Der außerordentliche Tiefstand der Schweinepreise hat zu einem nicht unerheblichen Teil seinen Grund in den Absatzschwierigkeiten für Schweinezucht, die unter dem Einfluß einer steigenden Schmalz-Einfuhr eintrat.

Die erhöhten Zollsätze treten mit Ablauf der Zollbindungen im deutsch-schwedischen Handelsvertrage am 15. Februar 1933 in Kraft.

Der Reichslandbund fordert härteste Maßnahmen gegen ausländische Buttereinfuhr

Berlin, 9. Februar. Der Reichslandbund hat an den Reichskanzler, sowie an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ein Telegramm abgeandt, in dem darauf hingewiesen wird, daß der Butterpreis heute wieder um 5 Reichsmark gefallen und ein weiterer Preissturz zu befürchten sei. Ein sofortiges Eingreifen der Reichsregierung sei dringend erforderlich. Der gegenwärtige Notstand rechtfertige die sofortige völlige Sperrung der Grenzen gegen Butterüberschwemmung und sonstige scharfe Eingriffe zur Marktbereinigung.

den die Nationalsozialisten. Die Folgerungen, die die große Presse schon jetzt aus einem etwaigen Wahlsieg der Nationalsozialisten zieht, dahingehend, daß bei einem Rückgang der Stimmen der Deutschnationalen die Nationalsozialisten sich eine andere Koalitionsmöglichkeit beim Zentrum suchen, sind sehr problematisch. Das Zentrum erwartet von den Wahlen die Erhaltung seines gesicherten Bestandes, es fühlt sich düpiert durch das Vorgehen bei der Regierungsbildung, wobei es immer wieder feststellt, daß mit ihm und der Bayerischen Volkspartei über die Frage der Regierungsübertragung oder Tolerierung des Reichskabinetts überhaupt nicht ernstlich verhandelt worden sei. Eine Rede des Prälaten Dr. Kaas vor dem Reichsparteiausschuß des Zentrums betont im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Briefwechsels mit dem Reichskanzler, daß das Zentrum bereit war, eine sachliche Regierungsarbeit zu ermöglichen. Kaas nahm auch wieder seinen Ruf zur Bildung eines Rot- und Gemeinschaftspaktes zwischen den Parteien auf, woraus der Schluss gezogen wurde, daß nach dem 5. März noch alle Türen offen stehen, um Mehrheitsbildungen zu ermöglichen. Die Staatspartei hat bereits ein technisches Wahlabkommen mit der Sozialdemokratie abgeschlossen. In den kommenden drei Wochen wird der Wahlkampf sich erst entfalten und dann mag über die Aussichten mehr gesagt werden können.

Der Reichspräsident hat nun auf Antrag der Reichsregierung eine Terrornotverordnung erlassen, die gewisse Voraussetzungen für das Verbot und die Auflösung von Versammlungen und Anzügen feststellt und auch die Pressefreiheit beschränkt. Die Zunahme der blutigen politischen Zwischenfälle in den letzten Wochen hat zu dieser Verordnung geführt. In Preußen ist ein Demonstrationsverbot für die SPD. erlassen. Ungelöst ist auch noch die Haltung der Länder zu den durch das Vorgehen in Preußen aufgeworfenen Staatsrechtsfragen. Es scheint aber, daß die süddeutschen Länder diesmal nicht wieder einen gemeinsamen Vorstoß unternehmen, obwohl der bayerische Löwe bereits zu brüllen beginnt. Glücklicherweise hat Bayern seine besonderen Sorgen, denn auch in München amtet nur eine geschäftsführende Regierung, und es ist an der Zeit daß diesem Schwerezustand ein Ende gemacht wird. Genau so ist die Lage in Württemberg. Man wird also zunächst die Länderkonferenz abzuwarten haben, ehe Näheres über einen Schritt der Länder gegen das Eingreifen des Reiches in Preußen verlaute.

In Genf hat der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz über den französischen „konstruktiven Sicherheits- und Abrüstungsplan“ beraten und der französische Außenminister Paul-Boncour, der Vater dieses Planes, hat mit allen Mitteln versucht, diesen Vorschlag durchzusetzen. Aber von allen Staaten haben sich nur Griechenland und die Tschechoslowakei bedingungslos an die Seite Frankreichs gestellt, selbst Polen ist vorsichtig zu den Gegnern gekehrt.

Rumänien lebt heute unter Kriegsrucht. Die Regierung hat einen Ausnahmezustand proklamiert, was infolge von Streiks und Unruhen notwendig geworden ist. Trotzdem ist die rumänische Öffentlichkeit jetzt überrast, denn diesmal ist es eine demokratische Regierung, die sich zu den

außerordentlichen Maßnahmen gezwungen sah. Eine Regierung, deren Mitglieder in ihrer Eigenschaft als Führer der nationalen Bauernpartei jahrelang für demokratische Prinzipien kämpfen mußten. Man nimmt an, daß der Ausnahmezustand der Regierung Balda Bojencod mehr schaden als nützen wird. Im übrigen haben die Streiks an Schärfe nicht abgenommen. Man glaubt daher, daß die Regierung sich leicht gezwungen sehen könnte, mit militärischen Maßnahmen durchzugreifen. Unter diesen Umständen ist das Anwachsen der Bürgerkriegsstimmung in Rumänien zu erwarten. Die politische und wirtschaftliche Krise zeigt sich im Lande König Carols täglich zu.

Rundfunkreden Hitlers und Hugenberg's

Der deutsche Rundfunk überträgt am Freitag, 10. Februar, von 20.30 bis 21.45 Uhr, aus dem Sportpalast in Berlin eine Rede des Reichskanzlers Hitler, und am Samstag, 11. Februar, von 20.30 bis 21.45 Uhr, aus dem Sportpalast eine Rede des Reichsministers Dr. Hugenberg. Am Samstag, 11. Februar, vormittags von 10 bis etwa 10.45 Uhr, überträgt der Deutschlandfunk die Eröffnung der Berliner internationalen Antonsausstellung mit einer Ansprache des Reichskanzlers Hitler. Angehört sind die Berliner und Hamburger Sendegruppen. Die übrigen Rundfunkgesellschaften bringen die Sendung im Laufe des Tages von Wochensplatten.

Keine programmatischen Äußerungen des Reichskanzlers und Dr. Hugenberg's

Berlin, 9. Februar. Verschiedentlich ist in der Öffentlichkeit davon die Rede, daß Reichskanzler Hitler bei der Veranstaltung der NSDAP am Freitag ebenso wie der Reichsminister Dr. Hugenberg auf dem deutschnationalen Parteitag am Samstag programmatische Erklärungen über die Regierungspolitik abgeben werden.

Von zukünftiger Stelle erfahren wir, daß weder der Reichskanzler noch Dr. Hugenberg derartige programmatische Reden halten werden.

Wahlzusammenschluß der Mittelparteien

Berlin, 9. Febr. Wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. meldet, ist das technische Wahlbündnis zwischen der Deutschen Volkspartei, dem Christlich-Sozialen Volksdienst und der Deutschen Bauernpartei nunmehr abgeschlossen worden. Die drei Parteien werden durch listenmäßiges Zusammengehen in den bevorstehenden Wahlkämpfen alle für sie abzugebenden Stimmen zur Verwertung bringen.

Weiter meldet das Nachrichtenbüro des V.D.Z., daß die Verhandlungen zwischen Wirtschaftspartei und Bayerischer Volkspartei über ein listenmäßiges Zusammengehen noch nicht endgültig abgeschlossen sind. Die Wirtschaftspartei hat die Absicht, sich auch den Weg des Anschlusses an die Gruppe Volkspartei-Volksdienst-Bauernpartei offen zu lassen.

Zu der technischen Listenverbindung zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokratischer Partei wird ergänzend erwähnt, daß die Deutsche Staatspartei so viel Sitze auf der Reichs- bzw. Landesliste der Sozialdemokratischen Partei zugesprochen bekommt, daß alle in den einzelnen Wahlkreisen für sie abgegebenen Stimmen zugunsten der Staatspartei verwertet werden. Als staatsparteiliche Kon-



gester gibt zum ersten Male die Möglichkeit, die Entziehung des Luft- und Kraftstoffgemisches am laufenden Motor zu beobachten. Interessant sind weiter die Versuche über die Kompressionsfähigkeit der verschiedenen Kraftstoffe, die hier an laufenden Motoren angefertigt werden, deren Verdichtung während des Laufens verändert werden kann.

„Wüstenrot“. Der dieser Tage durch die Presse mitgeteilte Konfursantrag des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung gegenüber einer Bauparasse in Wüstenrot hat zu irrigen Gerüchten Anlaß gegeben. Die Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, Sitz Ludwigsburg, legt Wert auf die Feststellung, daß sie weder mit jener Bauparasse (Deutsche Heimaterde in Wüstenrot) identisch ist, noch mit ihr in irgend einer Verbindung steht.

Kagold, 10. Februar. (Aus dem Gemeinderat.) In der Sitzung der Ortsfürsorgebehörde wurden einige Unterstüßungsfälle erledigt. Für das vom Arbeitsamt unterstützte Rotwerg der deutschen Jugend, an dem von hier und Umgebung etwa 50 junge Leute teilnehmen, wird städtischerseits ein mäßiger Zuschuß übernommen, wenn die Zentralleitung für Wohltätigkeit die in Aussicht gestellten Beiträge leistet. — Aus der hierauf folgenden Gemeinderatsitzung ist mitzuteilen: Die Südd. Rundfunk G. m. b. H. veranstaltet am Sonntag, den 12. ds. Mts. abends im Gasthaus zur „Traube“ einen Tonfilmabend, der der Volksbelehrung dient. Das Eintrittsgeld von 30 Hfg. wird restlos der Winterhilfe der Stadt zur Verfügung gestellt. — Nach Mitteilung des Oberamts ist der Hebamme Lina Benz hier, vom Innenministerium für langjährige ausgezeichnete Dienstleistung eine Prämie von 20 Mark erteilt worden. — Ferner hat das Postamt auf die Eingabe des Gemeinderats vom 31. vorigen Monats mitgeteilt, daß die Zulassung von zwei weiteren Postwertzeichengebern vorgemerkt sei. Diese Briefmarkenautomaten werden nach ihrer Zulassung am Rathaus angebracht. Dagegen hat die Oberpostdirektion den Wunsch um ein Fernsprechkabine beim alten Kirchort abgelehnt. — Im Einlaß befindet sich ferner der Kassenbericht des Oberamtsbauamts über den Stand und die Mängel der städtischen Obstbaumplantagen. Die wenigen Anstände sind Stadtbaumwart Brenner erledigt. — Die beiden Schöfhalter August Schill und Karl Harr haben für die städtische Schafweide 900 Mark pro Jahr auf zwei weitere Jahre geboten, was vom Gemeinderat genehmigt wird. Im letzten Jahr betrug die Pacht 1000 Mark und vorher 1400 Mark. — Die Kläranlagegebühr für eine gewerbliche Anlage wurde festgesetzt und in einem anderen Fall die Rückerstattung eines Beitragsvorwurfs abgelehnt. Verhandelt wurde ferner über Grundbesitzungen für eine Beganlage und eines kleinen Grundstücks beim Stadtwald im Stadtkirch. — Die Reichstagswahl am 5. März wird in zwei Abstimmungsbezirken wie bisher vorgenommen und die bisherigen Vorstandsmitglieder wieder eingeladen. — Nachdem am 1. April die Präparandenanstalt an die Stadt zurückfällt, wird die Wohnung im Hause an den bisherigen Inhaber Studentent Kubach neu vermietet. — Der katholische Oberlehrer teilt mit, daß die im Jahre 1927 neu errichtete Lehrstelle nunmehr ständig zu besetzen sei. Nach Art. 39 des Volksschulgesetzes sind einlässige Schulstellen steto ständig zu besetzen und es war die unklare Befehung ein Entgegenkommen an die Stadt. Die Umwandlung der Stelle in eine ständige verursacht der Stadt einen Mehraufwand von annähernd 1200 Mark. So sehr das bisherige Entgegenkommen des kath. Oberlehrers anerkannt wird, muß aber die Stadt dringend bitten, gerade jetzt inmitten der schwersten Finanznot der Stadt von der Umwandlung der unständigen Schulstelle in eine ständige absehen oder aber der Stadt den Mehraufwand aus der Staatskasse ersetzen zu wollen. Ein diesbezügliches Gesuch ist dem Oberlehrer bereits vorgelegt worden. — Es folgten noch kleinere Gegenstände, Detekturen und Grundstücksabgaben.

Freudenstadt, 9. Februar. (Mit dem Motorrad verunglückt.) E. Stiegele von hier, welcher gestern geschäftlich in Lützenhardt weilte, ist auf der Heimfahrt abends gegen 5 Uhr unterhalb des „Kahenholzes“ mit seinem Motorrad schwer verunglückt. In welcher Weise der Unfall sich zugetragen hat, ist bis jetzt nicht aufgeklärt; wie man aus der Radspur sieht, muß das Fahrzeug auf der nassen Straße ins Rutschen gekommen sein. Der Verunglückte wurde von Mädchen, die mit ihren Rädern heimwärtsfuhren, mit dem Gesicht auf dem Motorrad und in einer Blutlache liegend bewußtlos aufgefunden. Ein von Freudenstadt kommendes Auto wurde von den Mädchen angehalten, dieses holte rasch das Sanitätsauto herbei, mit dem der schwer Verletzte ins Bezirkskrankenhaus verbracht wurde. Stiegele hat einen Schädelbruch erlitten. Das Motorrad ist vollständig zerstört.

Freudenstadt, 9. Februar. (Aus dem Gemeinderat.) Bau der Kläranlage Langenau im Rahmen des Gewerke-Arbeitsbeschaffungsprogramms. Der Vorsitzende teilt mit, daß er in Stuttgart wegen der Arbeitsbeschaffung vorstellig geworden sei und zu seiner Überraschung dort erfahren habe, daß das Wirtschaftsministerium von sich aus, offenbar auf Veranlassung des Ministeriums des Innern, Abteilung für Abwasserbeseitigung, die Erstellung einer Kläranlage in der Langenau im Rahmen des Gewerke-Arbeitsbeschaffungsprogramms mit einem Kostenaufwand von rund 100 000 Mark vorgesehen habe, wovon 60 000 Mark auf Löhne und 40 000 Mark auf Materialien entfallen. Anschließend hat das Ministerium die Stadtgemeinde beim Wort genommen, da der Gemeinderat seinerzeit beschlossen hat, die Kläranlage ausführen lassen zu wollen, wenn das Geld zur Verfügung gestellt werde. Das Geld ist mit 6 Prozent in 20 Jahresraten zurückzuführen, so daß 20 Jahre lang jährlich 6000 Mark aufzuwenden sind, womit die Schuld bezahlt ist. Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Bau der Kläranlage im Rahmen dieses Planes einverstanden, vorbehaltlich der endgültigen Stellungnahme zu dem vom Abwasseramt ausgearbeiteten Projekt. — Eingabe der Friedrichstaler Bürger betr. Waldnutzung. In einer Eingabe fordern die in der Stadtgemeinde Freudenstadt wohnungsberechtigten Bürger von Friedrichstal mit allem Nachdruck, daß die Stadtgemeinde Freudenstadt ihren Verpflichtungen aus dem Waldabfällungsvertrag von 1833 nachkomme. Sie verlangen ihre Holzabgabe aus 336 Morgen Wald entsprechend dem Anteil an der Gesamtjahresnutzung des städtischen Waldes rückwirkend als einen rechtsbegründeten Anspruch. Die Stadtgemeinde sei vertragsbrüchig geworden in dem Augenblick, als sie ohne alles weitere den Bürgern völlig aufgehoben habe. Während die in Freudenstadt wohnenden Bürger noch einen Nutzen aus dem Reinertrag des städtischen Waldes haben, indem dadurch die Steuern gesenkt werden können, geben die in Friedrichstal wohnenden Nutzungsberechtigten vollständig leer aus. Der Antrag Wegert auf Vertagung bis zur nächsten Sitzung wurde einstimmig angenommen. Die Angelegenheit soll in der Allgemeinen Kommission zusammen mit der Forstkommision behandelt werden.

Freudenstadt, 9. Februar. (Eine zweite Motorprüfung.) Die schon im Jahre 1928 geplante Anschaffung einer härteren Magirus-2-Rad-Motorprüfung ist zur Tatsache geworden. In erster Linie deshalb, weil der zur Zeit herrschende Preisverfall verbunden mit einem Zuschuß von 30 Prozent aus der Zentralkasse zur Förderung des Feuerlöschwesens zur Anschaffung anreize. Ferner haben die leistungsfähigen Brände gezeigt, daß in vielen Fällen die große, schwere Motorprüfung mangels geeigneter Zufahrtswege kaum an die Wasserentnahme fahren konnte. Diese und noch verschiedene andere wichtige Gründe bewogen den Verwaltungsrat der Freiw. Feuerwehr Freudenstadt in seiner letzten Sitzung zur Anschaffung einer 2-Rad-Motorprüfung, wie sie andere Gemeinden in Große Kreisstädten schon längst besitzen. Auf Einladung des Kommandanten Stadtrats Otto Müller fand gestern nachmittag halb 4 Uhr eine Besichtigung der neuen Motorprüfung durch das Kommando und die Zugführer des Löschzugs der Freiw. Feuerwehr statt mit einer Fahrt an den Forstwald im Langenwald.

Lützenhardt, O.A. Horb, 9. Februar. (Ein Nationalsozialist von einem Kommunisten gestochen.) Am letzten Sonntagabend hat hier ein Anhänger der Kommunistischen Partei, der es auf den hiesigen Ortsgruppenführer der NSDAP. abgesehen hatte, einen anderen Nationalsozialisten mit dem Messer derart in den Arm gestoßen, daß dieser durch den großen Blutverlust in Lebensgefahr schwebte und nur durch rasch herbeigerufene ärztliche Hilfe gerettet wurde.

Wöttlingen, 9. Februar. (Vater Stanger 78 Jahre alt.) Am letzten Sonntag beging in Wöttlingen „Vater Stanger“, der Leiter des Christlichen Erholungsheims Rettungsdarfe, seinen 78. Geburtstag. Schon an den Tagen zuvor setzte ein Gästezustrom ein, der sich dann am Samstag und hauptsächlich am Sonntag so steigerte, daß der neuerbaute Saal nicht mehr alle Besucher fassen konnte. Omnibusse und sonstige Kraftfahrzeuge fanden sich aus allen Gauen des Deutschen Reiches in Menge ein. Sie waren alle vollbesetzt mit Geburtstagsgästen.

Unterförsingen, O.A. Herrenberg, 8. Februar. Gestern brannte Haus und Scheuer des Otto Kall bis auf den Grund nieder. Die Feuerwehr war zwar sehr rasch zur Stelle, mußte sich aber darauf beschränken, die angebaute Scheuer des Schuhmachermeisters Haischt zu retten. Das Mobiliar konnte größtenteils gerettet werden.

Tübingen, 9. Februar. (Ein antisemitischer Beschluß des Alta.) In der Abstimmung am Dienstag wurde mit allen Stimmen bei einer Enthaltung noch folgender Antrag der Nationalsozialisten angenommen: Wie wir erfahren haben, betätigt sich als Mitglied des Herrn Prof. Dr. Kieger ein Jude namens Weinheber. Da wir es in der heutigen Notlage des deutschen Volkes als untragbar empfinden, daß Juden Stellungen einnehmen, die nur deutschen Volksgenossen zulassen, ersuchen wir den Alta, folgendes zu beschließen: Der Alta hält es für unbedingt notwendig, alle freien Stellen nur mit deutschen Volksgenossen zu besetzen und nicht zu dulden, daß Juden auf deutschen Hochschulen lehren, während junge deutsche Akademiker arbeitslos sind.

Taltingen, O.A. Herrenberg, 9. Febr. (Aus dem Leben geliebt.) Am Dienstag nahm sich in der Nähe von Nürnberg der Hauptlehrer Göhringer von hier durch Erschießen das Leben. Er scheint in einem Anfall von Schwermut gehandelt zu haben.

Stuttgart, 9. Febr. (Arbeitsmarktlage.) Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der zweiten Januarhälfte nicht einheitlich. Während einige Industriezweige Entlassungen vornehmen mußten, waren wiederum andere in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. Trotz der Frostperiode, welche besonders im Baugewerbe den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusste, stieg die Arbeitslosenquote nur um 1,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten belief sich am 31. Januar auf 48 839 gegenüber 48 050 am 15. Januar. Am Ende der Berichtszeit fanden 17 832 Arbeitslose in Hauptunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 17 832, davon entfallen auf Groß-Stuttgart 12 723 Unterstützungsempfänger.

Stuttgart, 9. Febr. (Arbeitsmarktlage.) Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der zweiten Januarhälfte nicht einheitlich. Während einige Industriezweige Entlassungen vornehmen mußten, waren wiederum andere in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. Trotz der Frostperiode, welche besonders im Baugewerbe den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusste, stieg die Arbeitslosenquote nur um 1,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten belief sich am 31. Januar auf 48 839 gegenüber 48 050 am 15. Januar. Am Ende der Berichtszeit fanden 17 832 Arbeitslose in Hauptunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 17 832, davon entfallen auf Groß-Stuttgart 12 723 Unterstützungsempfänger.

Stuttgart, 9. Febr. (Arbeitsmarktlage.) Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der zweiten Januarhälfte nicht einheitlich. Während einige Industriezweige Entlassungen vornehmen mußten, waren wiederum andere in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. Trotz der Frostperiode, welche besonders im Baugewerbe den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusste, stieg die Arbeitslosenquote nur um 1,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten belief sich am 31. Januar auf 48 839 gegenüber 48 050 am 15. Januar. Am Ende der Berichtszeit fanden 17 832 Arbeitslose in Hauptunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 17 832, davon entfallen auf Groß-Stuttgart 12 723 Unterstützungsempfänger.

Stuttgart, 9. Febr. (Arbeitsmarktlage.) Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der zweiten Januarhälfte nicht einheitlich. Während einige Industriezweige Entlassungen vornehmen mußten, waren wiederum andere in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. Trotz der Frostperiode, welche besonders im Baugewerbe den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusste, stieg die Arbeitslosenquote nur um 1,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten belief sich am 31. Januar auf 48 839 gegenüber 48 050 am 15. Januar. Am Ende der Berichtszeit fanden 17 832 Arbeitslose in Hauptunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 17 832, davon entfallen auf Groß-Stuttgart 12 723 Unterstützungsempfänger.

Stuttgart, 9. Febr. (Arbeitsmarktlage.) Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der zweiten Januarhälfte nicht einheitlich. Während einige Industriezweige Entlassungen vornehmen mußten, waren wiederum andere in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. Trotz der Frostperiode, welche besonders im Baugewerbe den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusste, stieg die Arbeitslosenquote nur um 1,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten belief sich am 31. Januar auf 48 839 gegenüber 48 050 am 15. Januar. Am Ende der Berichtszeit fanden 17 832 Arbeitslose in Hauptunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 17 832, davon entfallen auf Groß-Stuttgart 12 723 Unterstützungsempfänger.

Stuttgart, 9. Febr. (Arbeitsmarktlage.) Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der zweiten Januarhälfte nicht einheitlich. Während einige Industriezweige Entlassungen vornehmen mußten, waren wiederum andere in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. Trotz der Frostperiode, welche besonders im Baugewerbe den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusste, stieg die Arbeitslosenquote nur um 1,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten belief sich am 31. Januar auf 48 839 gegenüber 48 050 am 15. Januar. Am Ende der Berichtszeit fanden 17 832 Arbeitslose in Hauptunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 17 832, davon entfallen auf Groß-Stuttgart 12 723 Unterstützungsempfänger.

Stuttgart, 9. Febr. (Arbeitsmarktlage.) Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der zweiten Januarhälfte nicht einheitlich. Während einige Industriezweige Entlassungen vornehmen mußten, waren wiederum andere in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. Trotz der Frostperiode, welche besonders im Baugewerbe den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusste, stieg die Arbeitslosenquote nur um 1,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten belief sich am 31. Januar auf 48 839 gegenüber 48 050 am 15. Januar. Am Ende der Berichtszeit fanden 17 832 Arbeitslose in Hauptunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 17 832, davon entfallen auf Groß-Stuttgart 12 723 Unterstützungsempfänger.

Stuttgart, 9. Febr. (Arbeitsmarktlage.) Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der zweiten Januarhälfte nicht einheitlich. Während einige Industriezweige Entlassungen vornehmen mußten, waren wiederum andere in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. Trotz der Frostperiode, welche besonders im Baugewerbe den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusste, stieg die Arbeitslosenquote nur um 1,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten belief sich am 31. Januar auf 48 839 gegenüber 48 050 am 15. Januar. Am Ende der Berichtszeit fanden 17 832 Arbeitslose in Hauptunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 17 832, davon entfallen auf Groß-Stuttgart 12 723 Unterstützungsempfänger.

Stuttgart, 9. Febr. (Arbeitsmarktlage.) Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der zweiten Januarhälfte nicht einheitlich. Während einige Industriezweige Entlassungen vornehmen mußten, waren wiederum andere in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. Trotz der Frostperiode, welche besonders im Baugewerbe den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusste, stieg die Arbeitslosenquote nur um 1,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten belief sich am 31. Januar auf 48 839 gegenüber 48 050 am 15. Januar. Am Ende der Berichtszeit fanden 17 832 Arbeitslose in Hauptunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 17 832, davon entfallen auf Groß-Stuttgart 12 723 Unterstützungsempfänger.

Stuttgart, 9. Febr. (Arbeitsmarktlage.) Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der zweiten Januarhälfte nicht einheitlich. Während einige Industriezweige Entlassungen vornehmen mußten, waren wiederum andere in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. Trotz der Frostperiode, welche besonders im Baugewerbe den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusste, stieg die Arbeitslosenquote nur um 1,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten belief sich am 31. Januar auf 48 839 gegenüber 48 050 am 15. Januar. Am Ende der Berichtszeit fanden 17 832 Arbeitslose in Hauptunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 17 832, davon entfallen auf Groß-Stuttgart 12 723 Unterstützungsempfänger.

Stuttgart, 9. Febr. (Arbeitsmarktlage.) Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der zweiten Januarhälfte nicht einheitlich. Während einige Industriezweige Entlassungen vornehmen mußten, waren wiederum andere in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. Trotz der Frostperiode, welche besonders im Baugewerbe den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusste, stieg die Arbeitslosenquote nur um 1,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten belief sich am 31. Januar auf 48 839 gegenüber 48 050 am 15. Januar. Am Ende der Berichtszeit fanden 17 832 Arbeitslose in Hauptunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 17 832, davon entfallen auf Groß-Stuttgart 12 723 Unterstützungsempfänger.

Stuttgart, 9. Febr. (Arbeitsmarktlage.) Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der zweiten Januarhälfte nicht einheitlich. Während einige Industriezweige Entlassungen vornehmen mußten, waren wiederum andere in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. Trotz der Frostperiode, welche besonders im Baugewerbe den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusste, stieg die Arbeitslosenquote nur um 1,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten belief sich am 31. Januar auf 48 839 gegenüber 48 050 am 15. Januar. Am Ende der Berichtszeit fanden 17 832 Arbeitslose in Hauptunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 17 832, davon entfallen auf Groß-Stuttgart 12 723 Unterstützungsempfänger.

Stuttgart, 9. Febr. (Arbeitsmarktlage.) Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der zweiten Januarhälfte nicht einheitlich. Während einige Industriezweige Entlassungen vornehmen mußten, waren wiederum andere in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. Trotz der Frostperiode, welche besonders im Baugewerbe den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusste, stieg die Arbeitslosenquote nur um 1,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten belief sich am 31. Januar auf 48 839 gegenüber 48 050 am 15. Januar. Am Ende der Berichtszeit fanden 17 832 Arbeitslose in Hauptunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 17 832, davon entfallen auf Groß-Stuttgart 12 723 Unterstützungsempfänger.

Stuttgart, 9. Febr. (Arbeitsmarktlage.) Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der zweiten Januarhälfte nicht einheitlich. Während einige Industriezweige Entlassungen vornehmen mußten, waren wiederum andere in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. Trotz der Frostperiode, welche besonders im Baugewerbe den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusste, stieg die Arbeitslosenquote nur um 1,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten belief sich am 31. Januar auf 48 839 gegenüber 48 050 am 15. Januar. Am Ende der Berichtszeit fanden 17 832 Arbeitslose in Hauptunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 17 832, davon entfallen auf Groß-Stuttgart 12 723 Unterstützungsempfänger.

Stuttgart, 9. Febr. (Arbeitsmarktlage.) Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der zweiten Januarhälfte nicht einheitlich. Während einige Industriezweige Entlassungen vornehmen mußten, waren wiederum andere in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. Trotz der Frostperiode, welche besonders im Baugewerbe den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusste, stieg die Arbeitslosenquote nur um 1,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten belief sich am 31. Januar auf 48 839 gegenüber 48 050 am 15. Januar. Am Ende der Berichtszeit fanden 17 832 Arbeitslose in Hauptunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 17 832, davon entfallen auf Groß-Stuttgart 12 723 Unterstützungsempfänger.

Dr. Holterried am linken Fuß erfaßt und zu Boden geschleudert. Dr. Holterried stoppte sofort und nahm sich mit Strobel und dem dem Wege kommenden Adlerwirt von Hagnau des Verunglückten an. Die Verletzungen waren jedoch so schwer, daß Bellemann bald darauf starb. Dem Vernehmen nach hatte das Auto Signal gegeben und auch die Scheinwerfer abgeblendet.

aus Baden

Forbach-Gausbach, 7. Februar. (Unfall eines Langholz-wagens.) In erster Gefahr schwebten am Montagmittag zwei Fuhrleute von hier mit ihrem Pferdegespann. Als sie mit dem mit Langholz beladenen und mit zwei Pferden bespannten Wagen die alte abschüssige Dorfstraße in Gausbach hinabfuhren, rief plötzlich ein Mitglied der Sperrkette, so daß der Wagen ins Rollen kam. Die Pferde, die den Wagen nicht mehr anhalten konnten, wurden herumgerissen und landeten zum Teil auf dem Dach einer Autogarage, teils hingen sie über der sechs Meter hohen Böschung frei in der Luft. Durch die schnelle und tatkräftige Mithilfe der Bevölkerung konnten die Tiere alsbald aus ihrer mißlichen Lage befreit werden. Nur dem Umstand, daß die Langholzstämme auf einen kräftigen Randstein aufzugesen kamen, wodurch der Wagen zum Halten kam, ist es zu verdanken, daß kein größeres Unglück geschah. Die Pferde kamen mit einigen kleineren Hautabschürfungen davon. Am Dach der Autogarage entstand nur ein geringfügiger Sachschaden.

Württemberg

Große Danzigkundgebung des BDA.

Stuttgart, 9. Febr. Aus Anlaß des Besuchs der Flieger der akademischen Fliegergruppe Danzig auf ihrem Werbesflug durch Deutschland unter dem Leitwort „Danzig bleibt deutsch“ veranstaltete die Landesgruppe Württemberg des Vereins für das Deutschtum im Ausland in Verbindung mit dem Württ. Luftfahrerverband und unter Mitwirkung des Viederfranz-orchesters und der Sängerschaft W. Schwaben eine große Danzigkundgebung. Sehr zahlreich waren die Mitglieder des BDA, besonders die Jugend mit ihren Wimpeln, die studentischen Corporationen, Vertreter vieler befreundeter Verbände und Organisationen erschienen. Der Landesvorsitzende des BDA, Generalmajor a. D. Klop, begrüßte die Danziger Gäste, die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, der Technischen Hochschule, der Reichswehr, und betonte, daß auch der Süden Deutschlands wisse, daß die Not des deutschen Ostens auch eine Not des gesamten deutschen Volkes sei. Wirtschaftsminister Dr. Meier überbrachte die Grüße der württ. Landesregierung, die in vorderster Linie stehe, wenn es heute gelte, das Bekenntnis zu unzerbrechlicher Verbundenheit zwischen dem deutschen Nordosten und dem deutschen Südwesten zu bekräftigen und zu erneuern. Am heutigen Tage lege die württembergische Bevölkerung Protest ein, daß man den im deutschen Osten durch das Friedensdiktat geschaffenen naturwidrigen Zustand als Dauerzustand erhalten solle. Der polnische Korridor bleibe ein Stachel im deutschen Volk und Europa werde mit ihm nie zum Frieden gelangen. Ehe nicht dem deutschen Osten Gerechtigkeit widerfahren sein werde, ehe nicht Ostpreußen und Danzig heim zum Reich kommen sind, werde es keinen Frieden geben. Kammer der Stadt Stuttgart begrüßte Oberbürgermeister Dr. Lauten-schlager die Flieger. Dann betrat einer der Danziger Jungflieger das Rednerpult und schilderte an Hand von Lichtbildern das Schicksal und die Räte seiner Heimat. Er dankte für den herzlichen Empfang und betonte dann, daß Danzig nicht frei sei, da Polen immer wieder veruche, die Rechte der Stadt Danzig zu schmälern, das Deutschtum zu unterdrücken. Es sei die einzige Hoffnung Danzigs, wieder einmal zum Reich zu kommen. Das Ziel sei ein Großdeutschland, das alle entfallenen Gebiete einschließlich Danzig wieder umfasse. Mit dem Schlußwort des Vorsitzenden der akademischen Ortsgruppe des BDA, und dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes schloß die eindringvolle Kundgebung.

Bischof Dr. Spröll über „Kirche und Politik“

Stuttgart, 9. Febr. In der vom Volkverein für das katholische Deutschland am Mittwoch im St. Vinzenz-Haus veranstalteten Kundgebung machte Bischof Dr. Spröll Ausführungen zu dem Thema: „Kirche und Politik“. Die Religion sei von ganz entscheidendem Einfluß auf das Leben des einzelnen, der Familie, der Gemeinschaft und des Staates. Religion sei vor allem ein Erziehen, nicht nur ein Glauben. Wo der Gottesglaube tot sei, erleide die öffentliche Moral einen schweren Stoß; die Moral sei aber die unentbehrliche Unterlage eines Staates. Die Religion müsse man vorleben. Das Volk glaube nur noch an die vorgelebte Religion. Das Fehlen der Religion ziehe den sittlichen Verfall nach sich, dessen Symptome sich bereits in der zweiten Generation bemerkbar machten. Noch nie sei ein Volk an Armut zugrunde gegangen, alle an Glaubenslosigkeit und sittlicher Verkommenheit. Die Kirche mit ihrer großen Aufgabe könne an der Politik nicht achtlos vorübergehen. Kirche und Religion müssen es ablehnen, dem Staate nur bloße Polizeibehörde zu leisten. So konservativ die Kirche sei, so wolle sie doch nicht eine bloße Rettungsgesellschaft für ein morsches System sein. Die Zustände, die der Kapitalismus geschaffen habe, dürften nicht mehr bestehen bleiben. Die Tatsache der allzu vielen Ueberarmen und des kleinen Kreises der Ueberreichen sei ein Beweis, daß die Erdengüter nicht richtig verteilt seien. Ein Wirtschaftsprinzip, das die Herabwürdigung der Arbeiter zur Ware, die Entwurzelung der Massen, die bis zur Unvernunft getriebene Nationalisierung, die Produktion unechter Güter zur Folge habe, nur um möglichst hohe Gewinne herauszuschlagen, müsse bekämpft werden. Zuerst das Gemeinwohl, dann die Rentabilität! Es müsse eine Gewinnreform eintreten, sie dürfe aber nicht radikal revolutionär sein, sondern müsse die Dinge aus dem Bestehenden organisch schaffen, auch dürfe sie nicht zu langsam erfolgen. Die Hebung der Volksmoral müsse eine Hauptaufgabe der Politik sein. Ein Volk, das nicht mehr spore, sehe dem Untergang entgegen. Dazu komme die Ueberbetonung des niedrigen Trieblichen. Die Politik der Kirche könne nur dahin gehen, die Dämme zu hängen und zu festigen, die in Jahrhunderten aufgebaut worden seien. Lebendiges Christentum verlange aktive Teilnahme am Leben des Staates. Die Kirche besaße sich in ihrer Politik nur mit dem Grundfäßlichen, nicht mit Parteipolitik. Wir würden unser Volk nie zu neuer Sittlichkeit erwecken, wenn nicht zuvor die Verwirklichung der Politik gelänge sei. Je mehr die Politik auf soziale Gerechtigkeit und Liebe eingestellt sei, desto zurückhaltender werde die Kirche sein können.



Kleine Nachrichten aus aller Welt

Das diplomatische Corps beim Reichspräsidenten. Beim Herrn Reichspräsidenten fand am Mittwoch das alljährliche Essen zu Ehren des in Berlin beglaubigten diplomatischen Corps statt.

Hitter, Ehrenbürger von Oberwiesenthal. Die Stadt Oberwiesenthal im sächsischen Erzgebirge hat Reichsanwalt Hitter in der letzten Stadterordnetenversammlung das Ehrenbürgerrecht verliehen.

De Salera auch irischer Außenminister. De Salera wird außer seinem Amt als Ministerpräsident auch das des Außenministers des irischen Freistaates übernehmen. Der Landtag vertagte sich auf den 1. März.

Flugboot der japanischen Marine abgestürzt — Drei Tote. Eines der neusten und größten Flugboote der japanischen Marine ist in der Tokio-Bucht mit seiner Besatzung von 10 Mann infolge Maschinendefektes abgestürzt. Ein Kapitänleutnant und zwei Unteroffiziere ertranken, den übrigen sieben Mann gelang es, durch Schwimmen das Ufer zu erreichen.

Ein deutscher Fremdenlegionär auf der Flucht erschossen. Wie die „Chicago Tribune“ aus Oran meldet, hatten sich dort zwei Fremdenlegionäre eines Flugzeuges bemächtigt, um damit nach Italien zu fliehen. Einer der beiden, ein 23jähriger Deutscher Rudi Bachmann, sei von einem Wachtposten erschossen worden; der andere, ein 25 Jahre alter Schweizer Raymond Hans, habe entkommen können.

Aus dem Gerichtssaal

Räuberverbrechen

Heilbronn, 9. Febr. Im August und September 1932 wurde von dem Kunstmaler Adolf Angstenberger von Kallmünz, der hier ein eigenes Geschäft betrieb, und von dem Kaufmann Friedrich Kohler aus Jülich der Versuch gemacht, drei und fünfmarkige zu gießen. Beide konnten aber verhaftet werden, ehe es zur Ausgabe von Geld kam. Angstenberger und Kohler wurden nun von der Großen Strafkammer zu je zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Stuttgart, 9. Febr. (Leichtfertige und betrügerische Nachahmungen.) Am Montagabend fand hier eine Versammlung der Gläubiger des Bankhauses J. Kieger & Co. statt. Stadtrat Staiger erklärte, wie die „Schwarzwälder Kreiszeitung“ berichtet, er habe bei einer näheren Untersuchung festgestellt, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Dabei habe er sofort zugunsten der Gläubiger eine Zwangshypothek auf das Bankgebäude in Höhe von 20.000 Mark eintragen und sich Grundschuldbriefe für 5000 Mark übereignen lassen. Die Gläubiger seien in letzter Zeit immer wieder verärgert und angezogen worden. Mit Hypotheken und Schuldscheinen seien schlimme Dinge getrieben worden. Nach seiner Zusammenstellung stehen 150.000 Mark Passiven so viele Aktiven gegenüber, daß etwa 15-20 Prozent herauskommen könnten. Im Kontroverfall sei überhaupt alles laputt. Die größte Erbitterung richtete sich gegen Arthur Kieger. Schon der verstorbenen Johanne Kieger habe in einem hinterlassenen Briefe erklärt, daß unguäte Kreditgeschäfte und der Kauf des Hofes in Gundershofen die Firma finanziell stark mitgenommen hätten. Der Verstorbenen stellte den Gläubigern aber sein ganzes Vermögen zur Verfügung einschließlich einer Lebensversicherung von 50.000 Mark, die hauptsächlich zu diesem Zweck in dieser Höhe abgeschlossen worden war. Paul Kieger habe durch seinen schlechten Lebenswandel und durch seine Betrügereien die Firma allein 30.000 Mark gekostet. Ein gerichtlicher Zwangsvergleich sei mangels Masse unmöglich, ein Konkurs freile alle noch etwa

Verhandene auf, so bleibe nur noch der außergerichtliche Vergleich, um überhaupt noch etwas zu retten. Nach längerer Aussprache wurde der Vorschlag gutgeheißen, in etwa zwei Wochen eine neue Gläubigerversammlung abzuhalten und in der Zwischenzeit einen Ausschuss mit der Untersuchung zu beauftragen. Die Gewerdbank soll inzwischen die laufenden Geschäfte der Bank betreiben.

Handel und Verkehr

Beginn der Leipziger Messe am 5. März. Die Leipziger Frühjahrsmesse wird am 5. März zur gewohnten Stunde eröffnet werden. Von Reich und von Preußen sind ausgiebige Anordnungen getroffen zur Errichtung besonderer Stimmlokale. Jeder Messebesucher kann sein Wahlrecht unangetastet ausüben, sofern er sich den erforderlichen Stimmlokalen vorher bezieht.

Förden

Berliner Börsebericht vom 9. Februar. Auch an der Donnerstagsbörse fanden die wirtschaftlichen Momente mehr im Vordergrund der Betrachtungen. Um die Politik ist es jedenfalls sehr ruhig geworden. Das Kaufinteresse der Rundschau beschränkte sich auf Spezialitäten. So waren Reichsbankanteile um 6,84 Prozent gebessert. Während am Aktienmarkt keine größere Unternehmungslust bestand, war das Geschäft am Rentenmarkt ziemlich lebhaft und die Kurse erlitten nur einseitig Befestigungen bis zu 1 Proz. Besonders bevorzugt waren Altbesitzungen und Reichsschuldbuchforderungen. Industriobligationen waren bis zu 0,84 Prozent höher. Der Geldmarkt lag bei unveränderten Sätzen weiter leicht.

Getreide

Berliner Produktebörse vom 9. Febr. Weizen märk. 187 bis 189, Roggen märk. 153-155, Braugerste 165-175, Futter- und Industrieernte 158-164, Hafer märk. 114-117, Weizenmehl 22,50-25,75, Roggenmehl 19,50-21,50, Weizenkleie 8-8,50, Roggenkleie 7,70-9, Vittoriaerbsen 20-23, kleine Weizenkörner 19,50 bis 21, Futtererbsen 12-14 RM. Allgemeine Tendenz: matter.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 9. Februar. Zutrieb: 3 Ochsen, 14 Jungbullen, 9 Kühe, 71 Rinder, 156 Kälber, 456 Schweine, 1 Schaf, Unverkaufte: 4 Jungbullen, 5 Kühe, 40 Rinder, 20 Schweine.

Schlachtviehmarkt vom 9. Febr. Zutrieb: 123 Kälber, 66 Schafe, 119 Schweine, 681 Ferkel und Läufer. Preise: Kälber b 32-34, c 28-30, d 24-26, Schafe b 15-23 RM, Preis pro Stück; Läufer 15-18 Ferkel bis 4 Wochen 7-12 über 4 Wochen 13-15 RM. Marktverlauf: Kälber ruhig, Ueberhand; Ferkel und Läufer lebhaft.

Calw, 9. Februar. (Vieh- und Schweinemarkt.) Bei dem am letzten Mittwoch stattgefundenen Vieh- und Schweinemarkt waren insgesamt 151 Stück Rindvieh zugeführt. Darunter befanden sich 16 Stück Ochsen, 4 Stiere, 40 Kühe, 31 Kalbinnen, 60 Rinder. Bezahlt wurde für Jungochsen 520-570 M, für Stiere 300-420 M je pro Paar, für Kühe 120-318 M, für Kalbinnen 260-357 M, für Jungkinder 80-131 M je pro Stück. Auf dem Schweinemarkt waren 66 Läufer und 313 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurde für Läufer Schweine 38 bis 76 M, für Milchschweine 20-35 M je pro Paar.

Heilbronner Frühjahrs-Weinbörse. Die Frühjahrs-Weinbörse findet am Dienstag, 21. Februar, von vormittags 11 Uhr ab im Hotel „Gallen“ mit Kostproben und Verfeinerungen guter Erzeugnisse statt.

Letzte Nachrichten

Ungewöhnliche Kälte in Amerika — 50 Todesfälle New York, 9. Februar. In verschiedenen Landesteilen Nordamerikas ist eine ungewöhnliche Kälteperiode eingetroffen. Bisher sind 50 Menschenleben der Kälte zum Opfer gefallen, von ihnen allein 17 in Chicago.

Wahlrede des Landtagspräsidenten Kerl

Mannheim, 10. Februar. Die NSDAP. Mannheim eröffnete im vollbesetzten Kibelungssaal des Rosengartens gestern Abend ihren Wahlkampf. Der Präsident des preußischen Landtags Kerl sprach über „Das kommende Deutschland“. Er führte u. a. aus, der Landtag sei aufgelöst worden, damit dem Volk mindestens vier Jahre Ruhe nach dem Wahlkampf am 5. März gegeben würde. Die beiden Vierjahrespläne würden nach Ablauf der Vierjahresfrist erfüllt sein. Die jetzige Regierung werde es nicht wie die früheren machen, und immer nur jagen, wie sie es machen wolle, sie werde Positives leisten. Zum Sozialismus könne man nur durch den Nationalsozialismus kommen.

Bayerische Nationalsozialisten fordern Einführung der Arbeitsdienstpflicht

München, 9. Februar. In der heutigen Sitzung des bayerischen Landtages erhoben die Nationalsozialisten die Forderung nach Einführung der Arbeitsdienstpflicht und gaben ihrer Genugtuung Ausdruck, daß in der ersten Rundgebung der neuen Reichsregierung die Einführung der Arbeitsdienstpflicht als Programmpunkt enthalten sei. Während auch der Bauernbund für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht eintrat, erklärte die Bayerische Volkspartei, die weiteren Erfahrungen abwarten zu wollen. In der Abstimmung wurde schließlich der nationalsozialistische Antrag, die Staatsregierung solle bei der Reichsregierung auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht hinwirken, angenommen.

Ueberwachungsausflug am Dienstag

Berlin, 9. Februar. Der Ueberwachungsausflug des Reichstags ist von seinem Vorsitzenden Abgeordneten Löbe (Soz.) nunmehr für Dienstagmittag 12 Uhr wieder einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Beratung über die Sicherung der Wahlfreiheit und ferner die Frage der Weiterberatung der Dithilfe.

Jagd auf den niederländischen Panzerkreuzer

Amsterdam, 9. Februar. Meldungen aus Batavia zufolge sieht man in ganz Niederländisch-Indien, wo es heute Abend um 20 Uhr MEZ, ungefähr 3 Uhr morgens war, der für die erste Morgenstunde erwarteten Begegnung des Kreuzerschiffes „Sieben Provinzen“, mit dem gegen es eingesehen anderen Kriegsschiffen mit größter Spannung entgegen. Aus den Regierungsbüros und namentlich bei den Marinebehörden wird die Nacht über gearbeitet und um diese ungewöhnliche Zeit außergewöhnlich starke Aktivität entfaltet.

Die ersten Meldungen werden in Holland gegen Mitternacht oder in den ersten Morgenstunden des Freitag erwartet.

Gestorben

Calw: Christine Schmalz, Bad Teinach: Heinrich Kottkäufer, Kaufmann, 60 J.

Druck und Verlag der W. Kieger'schen Buchdruckerei, Altensteig Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Paul.

Wunschtagefahrt betr. Feldbereinigung III.
Wünsche über die Auteilung der in der Wtlig. 1 (Stlich der Altensteig-Dorferstraße) gelegenen Grundstücke können am nächsten Dienstag, den 14. ds. Mts. von nachmittags 1 Uhr ab auf dem hiesigen Rathaus Zimmer 5 und von nachmittags 4 Uhr ab auf dem Rathaus in Altensteig-Dorf angebracht werden.
Bürgermeisteramt: Pfizenmaier.

Epelberg.
Verkauf Samstag, den 11. Februar, nachm. 2 Uhr
7 Stück
Legehühner
darunter 4 Stück 1932.
Friedrich Broß sen.
Inserate
erbitten wir uns frühzeitig

Jagd
In den Jägern höchsten Verstandes gibt es einen Moment auf die mündlich erhaltene, von ersten Kämpfern reich illustrierte, große deutsche Jagdritzung „Der Deutsche Jäger“, München, zitierte, herrliche Faksimile für Jagd, Kynologie, Schieß- und Jagdregeln und Fälschung. Interessante Jagdritzung, gute Jagdritzung, Kynologie und Kynologie, interessante Fälschungen. Sie können bei Ihren Vertrieblern, dem nächsten Postamt oder bei dem Verlag, München 2 C, Opernstraße 11, für 200. 1.80 monatlich. — Wegen der großen herabgesetzten Bestimmungen jähresfristigen wegen für jedoch mit ungewöhnlicher Prägnanz.
Zu beziehen durch die **Buchhandlung Lauk** Altensteig und Nagold.

Bilanz per 31. Dezember 1932.

Aktiva	M	Passiva	M
Kassenbestand	257,78	Bankschulden	350,—
Immobilien	800,—	Geschäftsguthaben der Mitgl.	2.540,—
Maschinen	3.000,—	Reservefonds	5.158,02
Revisitar	300,—	Betriebsrücklage	3.573,35
Beteiligungen	2.800,—	Betriebsgläubiger	6.448,60
Betriebsgläubiger	9.728,94	Reingewinn	11,75
Sonstiges	1.200,—		
	18081,72		18081,72

Mitgliederstand 336 Gesamthafsumme M 51.400.—
Milchliekühlgenossenschaft Ebhausen und Umg. e. G. m. b. H.
Ruh Haselmaier Walz Lug Kleiner

Bernese. Samstag und Sonntag
Mekelsuppe
wogu freundlichst einladet
K. Kühnle zum „Baldhorn“.

Einladung!
Um meiner werten Kundschaft, Jung und Alt, eine Abwechslung zu bieten, findet am Sonntag, den 12. Februar 1933 eine
musikalische Unterhaltung
statt. Für das leibliche Wohl sorgt eine prima
prima Metzelsuppe
sowie Bier und Weine in großer Auswahl
Stoll z. Anker, simmerfeld.

Markte
Bes dem
müssen Sie noch mit einer Anzeige auf Ihre Waren aufmerksam machen! Inserieren schafft Umsatz, das ist eine alte Erfahrung!

Adolf Hitler
heute Abend 1/9 Uhr im Rundfunk.
Vervielfältigungs-Papier
in bester Qualität liefert preiswert die **Buchhandlung Lauk, Altensteig-Nagold**

Samstag und Sonntag
Schlachtplatte
Sonntag ab 3 Uhr
Tanzunterhaltung
Es ladet höflichst ein
Familie Kilgus z. „Löwen“, Besenfeld.